

# Aufruf zur Autobahn-Blockade BaZ 10.12.2013

Elsässische Grenzgänger machen mobil gegen staatliches Krankenkassendiktat

Von Jürg-Peter Lienhard

**Mulhouse/Basel.** Per Internet versucht das elsässische Comité de Défense des Travailleurs Frontaliers (CDTF) mindestens 10 000 seiner 19 000 Mitglieder zu einem Protestmarsch auf beiden Fahrtrichtungen der A35 vom Flughafen zum Autobahnzollamt Basel zu bewegen. Grund ist der schwelende Konflikt mit der französischen Regierung, die per Dekret alle rund 137 000 französischen Grenzgänger von Basel bis Genf zum Übertritt von privaten Krankenversicherern in die staatliche Sécurité Sociale zwingen will. Nebst massiven Prämienerrhöhungen wären die Grenzgänger gegenüber den Inland-Arbeitnehmern auch bei den Leistungen benachteiligt.

«Warum soll etwas, das seit 50 Jahren zu aller Zufriedenheit funktioniert hat, nun durch ein Dekret erschwert oder gar vernichtet werden?», reklamierte Jean-Luc Johaneck, Präsident der CDTF, jeweils an den Versammlungen, die stets Tausende von Mitgliedern auf die Beine brachten. Mit dem Dekret, so mutmasst Johaneck, konnte die Sozialministerin Marisol Touraine eine Gesetzesvorlage vermeiden, die sonst vom Parlament «zweifelsfrei gebodigt worden wäre».

## Anderer Status

Der Konflikt ist eines der Probleme, die durch den komplizierten Status der Schweiz als Nicht-EU-Mitglied mitverursacht werden: So haben die französischen Grenzgänger in die Schweiz nicht denselben Status wie die Grenzgänger in das EU-Land Deutschland.

Bislang stand den französischen Grenzgängern (überwiegend Franzosen und wenige Schweizer, die in

Frankreich wohnen, aber in der Schweiz arbeiten) die Wahlfreiheit zu, sich bei einer privaten französischen Krankenkasse (was mehrheitlich der Fall ist) oder in der Schweiz mit dem Zusatz Couverture Maladie Universelle (CMU) zu versichern.

## Einkommensabhängige Prämien

Das angekündigte Dekret hätte am 1. Juni 2014 in Kraft treten sollen, ist aber inzwischen aufgrund der Proteste und häufiger politischer Interventionen um ein Jahr auf den 1. Juni 2015 verschoben worden. Konkret hätte die Zwangsversicherung bei der staatlichen Sécurité Sociale zur Folge, dass aufgrund des EU-Status der Schweiz die Grenzgänger in der Sécurité Sociale den Arbeitgeberbeitrag von zwölf Prozent selber bezahlen müssten, da in der Schweiz ein solcher Beitrag nicht gefordert werden kann oder zumindest eine aussichtslose Forderung bedeutet.

Die Grenzgänger in der Schweiz sehen sich damit doppelt gegenüber den binnen-französischen Arbeitnehmern diskriminiert, die lediglich 0,74 Prozent des Lohnes an die Sécurité Sociale beizusteuern haben. Hinzu kommt, dass in Frankreich die Prämien nicht pauschal, sondern einkommensabhängig erhoben werden. Indessen bezahlen rund 60 Prozent der französischen Arbeitnehmer keine Steuern, weil sie zum gesetzlichen Minimallohn (Smic) entlohnt werden.

Der Sozialstaat Frankreich sieht sich infolgedessen gezwungen, dort zu kassieren, wo noch Wertschöpfung erwirtschaftet wird. Zumal bei den Grenzgängern, die sich bislang in der komfortablen Lage befanden, auch vom Wechselgefälle zu profitieren. Aus dieser Logik entstand das Begehren, die rund

167 000 Grenzgänger in der Schweiz zum Beitritt in die staatliche Krankenkasse zu zwingen. Jean-Luc Johaneck jedenfalls verwehrt sich dagegen, dass die Grenzgänger stets als «Milchkühe» des Fiskus angesehen werden. Tatsächlich sind die Elsässer Grenzgänger lohnmässig mit den schweizerischen Arbeitnehmern gleichgestellt, und sie arbeiten nicht für Dumpinglöhne. So erinnert Johaneck insbesondere an den Konflikt mit der Firma Stöcklin Logistik in Dornach, wo die Grenzgängervereinigung erfolgreich Klage führte.

## Ausnahmeregelung getroffen

Allerdings ist es so, wie stets in Frankreich: Ein Gesetz einzuführen, ist eine Sache. Es auch durchzusetzen, eine andere. Die Materie ist ungeheuer komplex, und wird an einem Parameter per Dekret oder per Gesetz geschraubt, drohen Streiks und Aufruhr. So hat das Gesundheitsministerium mit den mächtigen Minen-Gewerkschaften in Lothringen eine Ausnahmeregelung zum Krankenkassenzwang getroffen mit der seltsamen Begründung, die Minen trügen einen wesentlichen Anteil am Aufschwung Frankreichs («à l'essor de la France») bei. Für Johaneck mehr als ridicul, als ob der Beitrag der Elsässer Grenzgänger nicht einen wesentlichen Beitrag an die Arbeitslosenquote im Elsass leisten würde...

Die komplexen Probleme, die nicht allein der Regierung unter dem sozialistischen Präsidenten François Hollande angelastet werden können, lassen sich am deutlichsten so beschreiben, wie es der Ethnologe und Politbeobachter Marc Grodwohl gegenüber der BaZ sagt: «Die Schweiz ist ein kleines Land und hat kleine Probleme. Frankreich ist ein grosses Land und hat grosse Probleme.»